

Mindestlohninitiative im Kanton Baselland: Falscher Weg für unsere Wirtschaft

Die Mindestlohninitiative, die am 9. Februar im Kanton Baselland zur Abstimmung steht, ist aus Sicht der FDP ein falsches Signal für die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts. Zwar betonen die Initianten, dass ein Mindestlohn den sozialen Ausgleich verbessern und für gerechtere Arbeitsbedingungen sorgen wird, doch die negativen Folgen einer solchen starren Regelung wiegen schwer und gefährden letztlich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Region.

Sven Inäbnit, Landrat und Vizepräsident FDP Baselland

Jobverluste durch steigende Lohnkosten

Ein zentrales Argument gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns ist die Gefahr von Arbeitsplatzverlusten, insbesondere in jenen Bereichen, in denen unqualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt werden. Für viele Unternehmen, vor allem in der Gastronomie, im Einzelhandel und in der Reinigungsbranche, ist es entscheidend, flexible Löhne an die Qualifikation der Mitarbeitenden anpassen zu können. Ein zu hoher Mindestlohn führt dazu, dass Unternehmen zunehmend auf Arbeitskräfte aus dem Ausland oder automatisierte Lösungen zurückgreifen, um die gestiegenen Lohnkosten zu kompensieren. Dies hat vor allem für junge, ungelernte Arbeitskräfte und Personen mit geringerer Qualifikation gravierende Auswirkungen. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wird sich für diese Gruppen drastisch verringern, was langfristig die Arbeitslosigkeit erhöhen wird.

Gefährdung der Berufslehren

Ein weiterer negativer Aspekt betrifft die Berufsausbildung. Ein Mindestlohn kann den Anreiz für viele junge Menschen nehmen, eine Lehre zu beginnen. Wenn auch ungelernte Arbeitskräfte bereits einen Mindestlohn verdienen können, sinkt das Interesse an einer qualifizierten Ausbildung besteht. Berufsausbildung hat in BL eine zentrale Bedeutung. Der Wegfall dieses Anreizes könnte zu einer Verflachung der Qualifikationen führen und langfristig die Fachkräftebasis im Kanton Baselland schwächen.

Aushöhlung der Sozialpartnerschaft

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würde ausserdem die bewährte Sozialpartnerschaft, die auf freiwilligen, branchenspezifischen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) beruht, untergraben. Der Dialog zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der seit Jahren zu stabilen und fairen Arbeitsverhältnissen führt, würde durch staatlich festgelegte Vorgaben ersetzt. Anstelle von flexiblen, individuell ausgehandelten Lösungen stehen Unternehmen und Arbeitnehmer vor einer einheitlichen, starren

Lohnvorgabe, die den unterschiedlichen Bedürfnissen und Gegebenheiten in den verschiedenen Branchen nicht gerecht wird.

Bürokratische Belastung für Unternehmen

Die Einführung eines Mindestlohns führt auch zu einer erheblichen Erhöhung der Bürokratie. Zusätzliche Kontrollen und bürokratische Hürden wären die Folge, ohne dass damit ein tatsächlicher Mehrwert für die Beschäftigten geschaffen wird.

Mindestlohn auch für ausländische Arbeitskräfte

Auch ausländische Arbeitskräfte, die nur temporär oder auftragsweise im Kanton Baselland tätig sind, fallen unter den Mindestlohn. Das wird für viele Unternehmen, die auf saisonale oder projektbezogene Arbeitskräfte angewiesen sind, problematisch: Der administrative Aufwand, die Einhaltung des Mindestlohns auch bei grenzüberschreitender Beschäftigung nachzuweisen, bindet in den Betrieben teure Ressourcen. Hinzu kommt, dass gerade in der Grenzregion Basel Fachkräfte aus dem Ausland kommen, auf die unsere Unternehmen angewiesen sind. Ein starrer Mindestlohn würde deren Integration in den Markt erschweren.

Fazit: Ein Schritt in die falsche Richtung

Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns im Kanton Baselland ist aus Sicht der FDP eine fatale Entscheidung. Die Risiken für den Arbeitsmarkt, die potenziellen Jobverluste und die langfristige Schwächung der Sozialpartnerschaft sind zu hoch. Statt staatlicher Lohnvorgaben sollten wir weiterhin auf flexible Lösungen setzen, die den unterschiedlichen Anforderungen der Wirtschaft gerecht werden. Die FDP fordert deshalb ein klares Nein zur Mindestlohninitiative – für eine starke und dynamische Wirtschaft, die Arbeitsplätze schafft, statt sie zu gefährden.